Bundesrat Drucksache 301/84
13.06.84

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

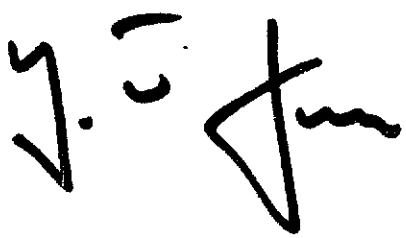
Entschließung des Bundesrates zur Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze bei Beamten

Bnudesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (13) - 221 00 - A1 2/84

Bonn, den 12. Juni 1984

An den
Herrn Präsidenten des Bundesrates

Die Bundesregierung hat beschlossen, die als Anlage beigefügte Stellungnahme zu der Entschließung des Bundesrates abzugeben.



Drs. 464/83 (Beschluß)

Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, 5300 Bonn 2
ISSN 0720-2946

Drucksache 301/84

Anlage

zum Schreiben des Bundeskanzlers
an den Präsidenten des Bundes-
rates vom 12. Juni 1984
(zu BR-Drucksache 464/83
- Beschluß -)

S t e l l u n g n a h m e

der Bundesregierung

zur

Entschließung des Bundesrates

zur

Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze bei Beamten

Die Bundesregierung begrüßt die Entschließung des Bundesrates als Beitrag zu den Überlegungen, durch dienstrechtliche Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes beizutragen.

Die Struktur des Beamtenrechts schließt Überlegungen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit von Beamten grundsätzlich nicht aus. Dem Beamtenbereich kann jedoch keine Vorreiterrolle zukommen. Hier geht es z. Z. vorrangig um beschäftigungspolitische Initiativen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit; dabei ist zu verweisen auf die laufenden parlamentarischen Beratungen über die Erweiterung der Teilzeitbeschäftigungs- und Beurlaubungsmöglichkeiten im Beamten- und Richterdienst. Die Senkung von Antragsaltersgrenzen für Beamte wird weiter geprüft werden, wobei auch den Kosten eine nicht unerhebliche Bedeutung zukommen wird.